

## Weiterführung der 2. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umweltschutz der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota)

am: 11.09.2019 Ort: Beratungsraum des DGH Lubolz, Mühlenweg 10  
 5 Beginn: 18:15 Uhr Ende: 21:23 Uhr

### anwesende Ausschussmitglieder:

Paul Bruse  
 Jens Richter  
 10 Sabine Minetzke  
 Peter Rogalla  
 Andrea Freimann

### anwesende sachkundige Einwohner:

Kai Schultchen  
 Annette Kaiser  
 Ulrich Krumpe

### entschuldigete Ausschussmitglieder:

15

### entschuldigete sachkundige Einwohner:

Robert Breszgott  
 Manfred Dreiucker

### anwesende Verwaltungsangestellte:

20 Frank Neumann Karin Jacobsen Henry Beyer Saskia Albrecht  
 René Pötschick Steffen Bergmann Dörthe Ziemer Janine Jakwert

### Gäste/ Bürger / Anwesende Interessierte:

25 Frau Minetzke - Planungsbüro Minetzke (TOP 5)  
 Herr Köllnick - Ortswehrführer OT Lubolz (TOP 5)  
 Herr Klinkmüller - OV Neuendorf (TOP 8)  
 Herr Kleiner - Landesbetrieb Straßenwesen (TOP 8)  
 Frau Lelewel - Landesbetrieb Straßenwesen (TOP 8)  
 Frau Handschke - Landesbetrieb Straßenwesen (TOP 8)  
 30 Frau Altschulze - Planungsbüro Degat (TOP 8)  
 Herr Kung - Planungsbüro Degat (TOP 8 und TOP 9)  
 Herr Prof. Nagler - Planungsbüro Nagler und Dieck (TOP 9)  
 Herr Dieck - Planungsbüro Nagler und Dieck (TOP 9)  
 Herr Janotta - Büro Fugmann, Janotta und Partner (TOP 10)  
 Herr Rhode - Büro SR Stadtregionalplanung (TOP 10)  
 35 Herr Fellerhoff - Firma Naturstrom (TOP 11)  
 Herr Schacht - Firma Naturstrom (TOP 11)  
 Frau Subatzus - Firma Subatzus & Bringmann (TOP 12)  
 Herr Nakonzer - Ortsbeirat Radensdorf  
 Herr Schacht - Ortsbeirat Radensdorf

40 - öffentlicher Teil -

### **TOP 7 – Vorstellung der Aufgaben und Schwerpunkte des Sachgebietes Gebäudemanagement**

45 Herr Neumann stellt Herr Pötschick, den neuen Mitarbeiter im Sachgebiet Gebäudemanagement, vor. Herr Pötschick ist seit dem 01.09.2019 in der Stadt tätig und wird sich unter anderem mit dem Anbau am Dorfgemeinschaftshaus befassen. Die Sachgebietsleitung hat seit Juli Frau Albrecht inne.

50 Frau Albrecht informiert die Ausschussmitglieder über das Personal und die Ausgaben des Sachgebietes Gebäudemanagement. Die Präsentation mit dem Organigramm ist unter dem Link <http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1552.pdf> zu finden.

Frau Freimann fragt nach den Unternehmungen zur Besetzung der 3. Stelle bei den Hallenwarten.

55 Laut Frau Albrecht wird versucht, die Stelle über den 2. Arbeitsmarkt im Rahmen einer 450-Euro-Stelle zu besetzen. Bisher wurde noch niemand gefunden.

Herr Richter schlägt vor, sich diesbezüglich mit den Vereinen in Verbindung zu setzen. Möglicherweise ergeben sich daraus Möglichkeiten.

### **TOP 8 – Vorstellung Radwegeplanung Neuendorf-Duben; Gast: Landesbetrieb Straßenwesen**

60 Herr Neumann zeigt an, dass die Wegebeziehungen zu den benachbarten Kommunen für Lübben ebenso wichtig sind, wie die innerstädtischen Wegeverbindungen. Der Landesbetrieb Straßenwesen (LS) hat sich Gedanken über eine bessere Verbindung zwischen den Städten Luckau und Lübben gemacht und möchte den Entwurf des Projektes heute vorstellen.

65 Er erklärt, dass der hier vorgestellte Entwurf mit dem damaligen Ortsvorsteher von Neuendorf, Herrn Krüger, abgestimmt war.

70 Herr Kleiner (Dezernatsleiter Planung Süd) stellt sich und seine Kolleginnen, Frau Handschke (Sach-  
gebietsleitung Entwurf und Unterhaltungsmanagement) und Frau Lelewel (Projektverantwortliche) vor.  
Das zuständige Ingenieurbüro Degat wird heute durch Herrn Kung und Frau Altschulze vertreten.

75 Herr Kung und Frau Altschulze stellen die vorgesehene Streckenführung, die Ausbaubreite, die Kno-  
tenpunkte vor und in Neuendorf, sowie die avisierte Schließung der westlichen und östlichen Zufahrt  
nach Neuendorf inkl. deren Begründung, die Wegeführung des Radweges durch die Ortslage Neuendor-  
f und die Errichtung einer Bedarfsampel für die Querung der B 87 vor. Die Unterlagen des Landes-  
betriebes sind unter dem Link <http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1542.pdf>  
zu finden.

80 Herr Krumpe gibt bezüglich der Einziehung der beiden seitlichen Zufahrten nach Neuendorf zu be-  
denken, dass dies bei der Müllentsorgung der dortigen Anlieger Probleme geben könnte. Daher soll-  
ten diesbezüglich Gespräche mit dem KAEV geführt werden. Denkbar wäre ein Wendehammer.

85 Frau Altschulze zeigt an, dass für den westlichen Ortsteil eine Wendemöglichkeit für große Fahrzeuge  
vorhanden ist. Für den östlichen Bereich müssen noch Abstimmungen mit dem KAEV erfolgen.

90 Herr Klinkmüller, der neue Ortsvorsteher von Neuendorf, hält die Planung für utopisch. Er zeigt an,  
dass der Zustand des Mühlbergweges in Neuendorf so schlecht ist, dass dieser weder als Gehweg,  
noch als Radweg verwendet werden kann. Gleiches gilt für die Straße. Er gibt zu bedenken, dass die  
Anlieger der neuen Wendeschleife das zusätzliche Verkehrsaufkommen nicht gutheißen werden.

95 Herr Kleiner erklärt, dass die Abstimmungen damals mit Herrn Krüger erfolgt sind und dieser den vor-  
gestellten Einziehungen positiv gegenüberstand. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass die heutige Vor-  
stellung erste Überlegungen wiedergibt, welche noch nicht mit Begleitmaßnahmen unterlegt sind. Für  
den Landesbetrieb war es wichtig nicht nur den Ankunftspunkt der Radfahrer festzulegen, sondern die  
Gesamtsituation im Ortsteil zu betrachten, um eine sichere Wegeführung zu schaffen. In Neuendorf  
gibt es nur ein geringes Verkehrsaufkommen, da die Fahrzeuge auf der Tangente, die B 87, den Orts-  
teil umfahren können. Die drei bestehenden Ortszufahrten münden in teilweise schlecht einsehbarem  
100 Winkel auf die B 87 und ergeben dadurch Gefahrenstellen. Mit der Kappung der beiden seitlichen  
Zufahrten werden die Gefahrenstellen beseitigt. Die mittlere Zufahrt hat das geringste Gefährdungspo-  
tential und bietet allen Verkehrsteilnehmern eine gute Einsehbarkeit in den Verkehr auf der B 87.  
Über eine Komplementärfinanzierung könnte der Zustand der Straße und der Nebenanlage verbessert  
werden, so dass eine problemlose Nutzung für Anlieger und Radfahrer möglich ist. Damit bietet sich  
eine zusätzliche Chance für den Ortsteil, die Infrastruktur im Sinne der Anlieger zu verbessern.

105 Herr Neumann unterstützt Herrn Kleiners Variante. Eine Verbesserung der Fahrbahn und Nebenanla-  
gen obliegt der Stadt und könnte in diesem Zusammenhang erfolgen. Zu Beginn der Abstimmungen  
wurden auch andere Streckenführungen besprochen. Durch naturschutzrechtliche Gründe konnte  
eine rechtsseitig der B 87 von Duben nach Neuendorf führende Strecke ausgeschlossen werden.

110 Im weiteren Diskussionsverlauf wird die Frage gestellt, warum der touristische Radverkehr nicht durch  
die komplette Ortslage Neuendorf bis zur östlichen Einmündung geführt werden kann und dann eine  
Querung der B 87 erfolgt.

115 Herr Kleiner zeigt auf, dass es an der östlichen Einmündung keinen Radweg gibt, der für die Weiter-  
führung des Radverkehrs genutzt werden kann, anders als bei einer Querung der B 87 von der mittlen-  
ren Zufahrt. Auch die bessere Einsehbarkeit in den Straßenverkehr sollte nicht unterschätzt werden.  
Das Verkehrsaufkommen aus Neuendorf ist zu gering, um eine dauerhafte Ampel zu installieren.  
Dennoch hat man sich aus Sicherheitsgründen für die Variante einer Bedarfsampel ausgesprochen.

120 Herr Richter befürwortet die Sicherheitsaspekte für die Radfahrer. Ihm wäre die Beteiligung der Anlie-  
ger wichtig. Andernorts erfolgt die Wegeführung aufgrund verschiedener Aspekte ebenfalls nicht ge-  
radlinig. Aufgrund der Sicherheit der Radfahrer, könnte er die Wegeführung als Außenstehender  
nachvollziehen. Die Entscheidung sollte jedoch bei den Neuendorfer Einwohnern liegen.

Frau A. Kaiser kommt 18:54 Uhr.

130 Das einzuholende Votum der Anlieger wird von Herrn Rogalla befürwortet. Er gibt zu bedenken, dass  
gewachsene Gewohnheiten und Tatsachen oft schwer zu beheben sind.

Laut Herrn Neumann ist eine Veranstaltung mit den Anliegern vorgesehen.

135 Herr Rieger und Herr Krumpe halten die Zick-Zack-Streckenführung für die Radfahrer für eine Zumu-  
tung. Sie unterstützen die Aussage zur Leitung des Radverkehrs bis zur östlichen Einmündung und  
einer dortigen Querung der Bundesstraße.

Herr Kleiner gibt zu bedenken, dass die Einsehbarkeit an der Stelle ungenügend ist und die Fahrzeuge dort oft auch schneller als die erlaubten 70 km/h fahren. Er wiederholt, dass an dem von Herrn Rieger und Herrn Krumpe favorisierten Querungsbereich über die Bundesstraße keine Anbindung an einen bestehenden Radweg möglich ist. Dies ist einer der Vorteile der vorgestellten Variante des LS. Der LS ist dazu verpflichtet ein Verkehrssicherheitsaudit zu erstellen. Dazu wurden diese Vorschläge mitvorgelegt. Der Landesbetrieb wird sich dem Votum der Stadtverordneten und Bürger unterordnen, auch wenn dieses ein gänzlich anderes Ergebnis widerspiegelt, als es der LS vertritt. Er bittet aber auch um einen respektvollen Umgang mit dem Vorhaben, sollten sich die Meinungen der Anlieger dem Vorschlag des LS zuwenden.

Zum geplanten zeitlichen Rahmen erklärt er, dass der 1. Bauabschnitt im Jahr 2022 angestrebt wird. Die Grundlagen zu dem Vorhaben sind soweit abgearbeitet. Jetzt geht es an die Projektentwicklung.

Herr Wegner regt an die Querung wie mehrfach angesprochen an der östlichen Einmündung zu realisieren und die Sicherheit durch eine Bedarfsampel an der Stelle zu erhöhen.

Auf die Frage von Frau Freimann, wann mit Baubeginn und Ende zu rechnen sei, erklärt Herr Kleiner, dass der Baubeginn für das Jahr 2022 avisiert wird. Dies hält Herr Kleiner für ein realistisches Ziel, auch wenn die Trägerbeteiligung und die erforderlichen Grundstücksaufkäufe noch ausstehen.

Herr Bruse fragt nach dem Stand der Maßnahme B 87.

Herr Kleiner erklärt, dass zum Vorhaben B 87 „An der Kupka“ derzeit der Ausgang des Planfeststellungsverfahrens (PFV) abzuwarten ist.

### **TOP 9 – Vorstellung des Vorentwurfes der Grundsätze der Mobilitätsachse, Gast: Büro Degat**

Frau Jacobsen erklärt, dass im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes und des Fuß- und Radwegekonzeptes „Lübben Barrierefrei“ zur Stärkung und dem Ausbau des nichtmotorisierten Verkehrs mehrfach Bürgerhinweise zur Verbesserung der Wegesituation vom Bahnhof über den Hain bis zur Innenstadt eingegangen sind. Dazu zählt nicht nur die Instandsetzung und Attraktivierung der Wege, sondern auch eine Verbesserung der Wegweisung. Der letzte Punkt ist besonders für Ortsunkundige wichtig.

Herr Kung und Herr Dieck stellen den Entwurf zur Wegeführung der Mobilitätsachse, die Breite, die Materialien, die Berücksichtigung der Bedürfnisse von mobilitätseingeschränkten Personen und die geplanten Gestaltungselemente vor. Die Präsentation dazu ist unter dem Link <http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1541.pdf> zu finden. Die Maßnahme wird über das Programm ASZ mit 2/3 der Kosten gefördert. Fast alle Materialvarianten liegen im Rahmen des geschätzten Budgets. Lediglich die Variante des gefärbten Asphalt liegt etwas darüber. In die Überlegungen wurden auch der Unterhaltungsaufwand und die Lebensdauer der Materialart einbezogen.

Herr Bergmann ergänzt, dass die Stadt mit der durchgängig gleichmäßigen Gestaltung des Weges eine sichtbare und den Besucher leitende Verbindung zwischen Bahnhof und Innenstadt schaffen will. Es soll heute keine Entscheidung zu den Materialien getroffen werden, da derzeit noch zusätzliche Materialalternativen ausgelotet werden. Er bittet um Meinungsäußerungen und Rückmeldungen von den Stadtverordneten zum Vorhaben.

Frau Kaiser spricht die geplante erhebliche Versiegelung und mögliche Konflikte mit dem Naturschutz an. Sie hakt nach, ob die Friedensstraße wirklich schmaler ausgebaut werden soll, als sie jetzt ist.

Dies bestätigt Herr Bergmann. Die Straßenbreite wird von ca. 7 m auf 5,50 m reduziert. Zur Versiegelung der Wegeflächen im Hain gab es bereits Abstimmungen mit der unteren Naturschutzbehörde (uNB) und der Biosphäre. Die Versiegelungen werden im Rahmen einer Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung betrachtet und entsprechende Ersatzpflanzungen durchgeführt.

Herr Dieck ergänzt, dass das seitliche Parken bleibt. In Abständen soll es Parkverbotsbereiche geben, die ein wechselseitiges aneinander vorbeifahren der Fahrzeuge ermöglichen sollen. Der schlechte Zustand der Friedensstraße verhindert derzeit trotz ausreichender Breite, dass 2 PKW die parkenden Fahrzeuge zeitgleich passieren können. Aus diesem Grund ergibt sich nur eine geringe Änderung für die Fahrzeugführer. Die gewonnene Fläche soll den Nebenanlagen zugeschrieben werden. Der Stadt ist bekannt, dass der Parkdruck in dem Bereich immens ist.

Herr Rieger spricht die Anordnung der Bäume in der Friedensstraße und die Verschwenkung der Straße an und fragt nach dem Grund des Wechsels. Weiter zweifelt er die von Herrn Dieck angeführte geringe Haltbarkeit von Asphalt an und kritisiert, dass die Einheitlichkeit der Wegeführung nicht stringent genug ist.

Herr Rieger geht davon aus, dass eine Befestigung der Wege durch den Hain mit einer wassergebundenen Decke nicht unmöglich ist.

205 Laut Herrn Dieck erfolgt die Anordnung der Bäume in der Friedensstraße im Bereich der Mobilitätsachse auf der nördlichen Seite. Vor der Verschwenkung stehen die Bäume auf der Südseite. Durch die Verringerung der Fahrbahnbreite kann den Nebenanlagen, insb. Den Bäumen, mehr Raum gegeben werden. Ein ausreichender Gehweg inkl. Bäumen auf beiden Seiten ist nicht möglich. Weiterhin führt er eine einfachere Querung der Einmündung zur Bergstraße als Grund der Anordnung an.

210 Herr Krumpe begrüßt die Durchgängigkeit des Konzeptes. Er möchte wissen, ob mit dem Wegebau auch eine durchgängige Beleuchtung errichtet wird und wie lang der Weg durch den Hain ist.

Herr Bergmann bestätigt die Installation neuer Lampen und ergänzt, dass für die 870 m Weg im Hain insektenfreundliche Lampen verwendet werden sollen.

215 Frau Minetzke äußert ihre Zweifel bezüglich der Ausbaubreite der Friedensstraße und das Parken auf der in der Breite reduzierten Fahrbahn. Sie befürchtet Schäden an den Fahrzeugen durch die Enge.

220 Herr Rogalla bittet darum, die Vorstellung der Mobilitätsachse als solche zu behandeln und die Diskussion des Themas zu beenden. Er kann sich eine befestigte Wegeführung durch den Hain nicht vorstellen. Er glaubt nicht, dass sich diese Maßnahme, die für ihn nur einen Vorteil für die Touristen darstellt, den Lübbener Bürgern gegenüber vermitteln lässt.

Für zukünftige Sitzungen des Ausschusses bittet er um eine Reduzierung der Redebeiträge, da die Aufnahmefähigkeit der Anwesenden zu fortschreitender Stunde begrenzt ist.

225 Herr Neumann begrüßt die Meinungsäußerungen, die für die weitere Arbeit der Verwaltung wichtig ist.

Herr Richter äußert ebenfalls, sich das Vorhaben nicht vorstellen zu können. Er fragt, ob die Realisierung der heute vorgestellten Planung nur als komplette Maßnahme vorgesehen ist oder auch nur bis z. B. zum Hain denkbar wäre.

Laut Herrn Neumann kann diese Festlegung durch die Stadtverordneten im Rahmen der Sitzungen getroffen werden.

235 Er gibt zu bedenken, dass vor mehreren Jahren das Konzept „Lübben barrierefrei“ erstellt wurde. Für das Konzept gab es die umfangreichste ihm bekannte Beteiligung von Lübbener Bürgern (60 Rückmeldungen). Seinem Kenntnisstand nach wurde von fast allen die Befestigung des Hains gewünscht. Aus diesem Grund wurde die Planung der Mobilitätsachse angegangen. Seiner Meinung nach ist die Verbesserung der Wegeverbindung zwischen Bahnhof und Breite Straße auch ein Zugewinn für die Lübbener Bürger. Durch die Attraktivierung der fußläufigen Anbindung könnten Menschen motiviert werden, das Fahrzeug stehen zu lassen, was die Parkplatzsituation verbessern würde.

240 Mit der vorliegenden Fördermöglichkeit über „Aktive Stadtzentren“ ergib sich eine 2/3-Förderquote über Bund und Land.

245 Herr Rogalla hält die 60 Bürger, die sich am Konzept „Lübben barrierefrei“ beteiligt haben, nicht für aussagefähig genug. Hier sollte eine umfangreichere Beteiligung angestrebt werden.

Herr Neumann entnimmt der Diskussion, dass eine Bürgerbeteiligung gewünscht ist. Zeitnah kann auch eine Abstimmung in den Fraktionen erfolgen.

250 Herr Bruse beendet den TOP.

### **TOP 10 – Fortschreibung FNP inkl. Landschaftsplan; Gäste: Büro Rhode (FNP) und Fugmann Janotta & Partner (Landschaftsplan) - hier: Einleitungsbeschluss; Vorlage: 2019/062**

255 Herr Beyer erklärt einige grundlegende, rechtliche und gesetzlich relevante Punkte (Baurecht, Vorkaufsrecht, planerische Grundsätze) zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes (FNP) und dem Landschaftsplan. Die Inhalte seiner Präsentation sind nach der Beschlussvorlage unter dem Link [http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/2019\\_062.pdf](http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/2019_062.pdf) zu finden.

260 Herr Rhode und Herr Janotta stellen die ersten Inhalte und die rund 50 Flächen, die im Rahmen der Fortschreibung des FNP betrachtet und möglicherweise verändert werden sollen, vor. Weiter geben beide einen Ausblick auf die zeitliche Ablaufplanung und erklären, dass der FNP durch den Landkreis genehmigt werden muss, was zusätzliche Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Präsentation ist nach der Beschlussvorlage und der Präsentation von Herrn Beyer unter o. g. Link hinterlegt.

265 Frau Jacobsen erklärt, dass die Beschlussvorlage ohne Anlagen verteilt wurde. Grund dafür ist die späteste Bekanntgabe der Flächen. Die Präsentationen werden nun den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt. Nachdem der Einleitungsbeschluss tatsächlich gefasst wurde werden die Unterlagen auf der Internetseite eingestellt.

270 Frau Freimann fragt, ab wann Einnahmen für die Stadt generiert werden können. Dies wäre beispielsweise für neu ausgewiesene und zum Verkauf angebotene Flächen der Fall.

Herr Rhode erklärt, dass im Baugesetzbuch das sogenannte Parallelverfahren geregelt ist. Dadurch besteht die Möglichkeit den Bebauungsplan noch vor Abschluss des FNP-Verfahrens aufzustellen.

275

Frau Jacobsen erläutert, dass für die Aufstellung von Bebauungsplänen eine ausreichende Besetzung des Sachgebiets Stadtplanung die Voraussetzung ist. Sie erläutert erneut die aktuelle Situation im Sachgebiet und legt dar, dass der FNP samt Landschaftsplan die oberste Priorität hat. Eine frühestmögliche Bearbeitung von Bebauungsplänen wäre Anfang/Mitte 2020 möglich, sofern die derzeit in Bearbeitung befindlichen B-Planverfahren bis dahin abgeschlossen sind. Weiterhin ist eine Überarbeitung der Innenbereichsklarstellungssatzung (§ 34) vorgesehen und erforderlich.

280

Herr Bruse lässt über die Weiterleitung der Beschlussvorlage 2019/062 abstimmen:

285

dafür: 5                      dagegen: 0                      enthalten: 0

Die Frage von Frau Jacobsen, ob die Planungsbüros sich für die Stadtverordnetenversammlung bereithalten sollen, wird von Herrn Rogalla verneint, sofern Herr Beyer auf Fragen antworten kann.

290

**TOP 11 – Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 17 "Solarkraftwerk Lubolz"- hier: Aufstellungsbeschluss; Vorlage: 2019/065; Gast: Naturstrom AG**

Herr Beyer erinnert daran, dass für den Bebauungsplan Nr. 17 im August der Aufstellungsbeschluss gefasst werden sollte. Während der Sitzung ergaben sich mehrere Fragen. Aus diesem Grund wurden heute Vertreter der Firma Naturstrom eingeladen.

295

Herr Richter bittet um den Entfall der Präsentation. Stattdessen bittet er um Mitteilung, warum die Maßnahme geteilt und über einen zeitlichen Abstand von 2 Jahren realisiert werden soll.

300

Herr Fellerhoff erklärt, dass Maßnahmen nur dann förderfähig sind, wenn insgesamt nicht mehr als 10 Megawatt (MW) auf einmal in Leistung gebracht werden. Anschließend wird für das Areal und einen gewissen Umkreis eine 2-Jahressperre ausgesprochen. Erst dann können vor Ort wieder bis zu maximal 10 MW laut derzeitigen EEG-Regelungen ans Netz angeschlossen werden, welche dann wiederum förderfähig sind. Er zeigt anhand eines Plans die geplanten Flächengrößen.

305

Herr Richter resümiert, dass Naturstrom insgesamt um die 20 MW ans Netz bringen will und diese der Förderung wegen auf 2 Jahre aufgeteilt wird.

310

Frau Minetzke geht davon aus, dass die entsprechenden Flächen gepachtet sind. Sie möchte wissen, was mit den Solarplatten geschieht, wenn diese nicht mehr genutzt werden können und wer für die Entsorgung verantwortlich ist.

315

Laut Herrn Fellerhoff ist der Rückbau vertraglich geregelt und liegt in der Verantwortung der Firma Naturstrom. Dieser Punkt ist Bestandteil des Nutzungsvertrages. Derzeit geht Naturstrom davon aus, dass die Kosten des Rückbaus sich durch das Recyceln der Unterkonstruktionen finanzieren lässt. Sollte es notwendig sein, würde Naturstrom den Rückbau über Bürgschaften absichern.

320

Herr Rogalla bedankt sich für die Teilnahme an der heutigen Sitzung und die vorgebrachten Erläuterungen. Er fragt, inwiefern sich die Förderung oder Nichtförderung der Anlagen auf den Preis auswirkt. Ebenso erfragt er den Mehrwert oder Nutzen für die Bürger vor Ort, die schon von den Windenergieanlagen (WEA) nur die Belastung aber keinen Vorteil haben. Als eine der Nachteile spricht er die erhöhte Gefahr von Bränden in Solarparks an, die wieder von den ehrenamtlichen Feuerwehrleuten vor Ort gelöscht werden müssten.

325

Herr Fellerhoff erklärt, dass die Firma Naturstrom für die eingespeisten 10 MW keine garantierte Vergütung nach EEG bekommt. Den erwirtschafteten Strom muss Naturstrom direktvermarkten, was nur in gewissem Maße wirtschaftlich abgebildet werden kann.

330

Zum Mehrwert für den Bürger erklärt er, dass Gespräche mit den Stadtwerken Lübben über eine Kooperation geführt werden. Die Stadtwerke sind eine Tochtergesellschaft der Stadt, und sollen in einem noch in Abstimmung befindlichen Rahmen der Ansprechpartner für die Anlage vor Ort werden. Im Rahmen des geplanten Bebauungsplanverfahrens erfolgt eine umfangreiche Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange (wie dem Träger des Brandschutzes) und der Bürgerschaft. Bei früheren Projekten wurden die Solarparks durch entsprechende Brandschutzvorkehrungen gesichert, was die Brandbekämpfung unterstützt.

335

Zur Frage von Frau Kaiser, ob sich die geplante Beteiligung der SÜW nur auf die Betreuung, oder auch auf die Kosten bezieht, antwortet Herr Schacht, dass sich die Beteiligung auf beides bezieht, Details aber noch abzustimmen sind.

340

Herr Bruse lässt über die Weiterleitung der Beschlussvorlage 2019/065 abstimmen:

dafür: 1            dagegen: 1            enthalten: 3

Herr Fellerhoff und Herr Schacht gehen 20:35 Uhr.

345 **TOP 12 – Beschluss des Fußgänger-Wegeleitsystem-Konzeptes mit Anlagen; Vorlage 2019/086**

Frau Jacobsen erläutert, dass erste Inhalte bereits in der Vergangenheit vorgestellt wurden und die Wichtigkeit dafür allen bekannt sein müsste. Diese Maßnahme wird zu 100 % aus dem Städtebauförderprogramm ASZ finanziert und hatte in der Vergangenheit eine geringe Priorität bei der Bearbeitung im Sachgebiet, weshalb die Erarbeitung des Wegeleitsystems sich immer weiter verzögerte. Die heute vorliegende Beschlussvorlage enthält lediglich die strukturellen Grundlagen zur Errichtung eines Wegeleitsystems. Die weitere Ausgestaltung einzelner Elemente (digitale Infosäulen oder normale Stelen, Gestaltung/Design der Elemente) wird nach Beschlussfassung präzisiert und abgestimmt.

355 Frau Subatzus stellt den 1. Abschnitt des geplanten Fußgänger-Wegeleitsystems vor und erklärt die grundlegenden Gedanken bzw. die Zielsetzung der Stadt. Weiterhin zeigt sie die ersten geplanten Streckenverläufe, die im 1. Abschnitt realisiert werden sollen. Die Pläne und das Kataster sind der Beschlussvorlage angefügt und online einzusehen. Abstimmungen erfolgten unter anderem mit Gästeführern und Mitarbeitern des Stadt- und Regionalmuseums. Die detailliertere Präsentation ist unter dem Link <http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1584.pdf> zu finden.

360 Herr Krumpe bittet um Ergänzung der Sankt Pankratius Kirche in Steinkirchen im Wegeleitsystem.

Frau Jacobsen bedankt sich für den Hinweis. Sie erklärt, dass die Kirche nicht im Bereich des Primären Wegeleitsystems liegt, aber als Hinweispunkt aufgenommen werden kann.

365 Herr Richter fragt nach dem Nutzen des Wegeleitsystems, da beispielsweise Wanderwege, die für Touristen relevant wären, nicht enthalten sind. Auch Hinweise auf touristische Punkte in den Ortsteilen, wie Gastronomie, fehlen. Er fragt, ob diese Themen später in einem weiteren System eingearbeitet werden sollen.

370 Frau Jacobsen führt aus, dass das Wegeleitsystem jederzeit ausgeweitet werden kann. Die jetzige Aufgabenstellung beinhaltet die Erarbeitung eines primären Fußgänger-Wegeleitsystems, das die Ankunftspunkte (insbesondere den Bahnhof) und die Schlossinsel mit der Innenstadt verbindet. Das Wegesystem ist derzeit auf diesen Bereich beschränkt, da die Gebietskulisse der Förderung (ASZ) eingehalten werden muss und in diesem Raum die intensivste Bewegung der Fußgänger erfolgt. Eine darüberhinausgehende Hinweisgebung auf vorhandene Wanderwege ist in dem jetzigen System enthalten. Die Aufweitung des primären Systems um weitere Areale und Streckenführungen ist zu einem späteren Zeitpunkt definitiv erforderlich.

380 Frau Minetzke begrüßt die Initialisierung des Wegeleitsystems für Fußgänger. Sie kritisiert jedoch genauso wie Herr Richter, dass die Ortsteile nicht berücksichtigt werden, auch wenn eine Erweiterung zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist.

385 Frau Subatzus entgegnet, dass der jetzt vorgestellte Teil der Leiteinrichtung ein erster Schritt sein soll und noch nicht abgeschlossen ist. Das System wird zusammen mit den Gebäuden und Gestaltungen in der Stadt weiterentwickelt und fortgeführt.

390 Herr Neumann erklärt, dass die überregionalen Wegerouten und die Pausenplätze dazu über den Landkreis betreut werden. Die jetzige Planung soll die innerstädtische Wegeführung und Informationsweitergabe an Fußgänger verbessern.

Ergänzend verweist Frau Jacobsen erneut auf die erforderliche Einhaltung der Gebietskulisse der Förderung für das Programm „Aktive Stadtzentren“.

395 Herr Bruse zeigt sich erstaunt, dass die Privatinitiative eines Nachtwächterrundganges in dieses Wegeleitsystem aufgenommen wurde. Könnte auch jeder Fährmann oder Gästeführer mit seiner Route aufgenommen werden?

400 Frau Jacobsen führt aus, dass Lübben eine ganzjährlich erlebbare Stadt sein möchte. Diese Route trägt diesen Namen, könnte aber auch als „Lübben bei Nacht“ oder „Sternschnuppenweg“ bezeichnet werden, da diese nichts mit dem Nachtwächter zu tun hat. Mit der Route soll gezeigt werden, dass Lübben bei Nacht ganz anders wahrgenommen werden kann, als am Tag.

405 Herr Rogalla kritisiert, dass wieder nur der Tourismus von diesem Wegeleitsystem profitiert, die Bürger aber keinen Mehrwert durch die Ausgaben haben. Er hält eine Ausschilderung der Wegeführung bei Baumaßnahmen für wichtiger, als diese touristische Wegweisung.

Frau Freimann widerspricht dem ausschließlichen Nutzen für Touristen. Denn auch den Neubürgern wird mit einer vernünftigen Wegeleitung die Orientierung im neuen Wohnort erleichtert.

410

Frau Jacobsen erklärt, dass dieses Wegeleitsystem mit seinen Informationen sicherlich vielen Touristen zugutekommt. Aber auch vielen Einwohnern oder den angesprochenen Neubürgern kann das Leitsystem eine Orientierung geben und auch Informationen über verschwundene Orte und historische Themen vermitteln. Besonders die verschwundenen Orte finden derzeit keine Berücksichtigung, dienen ihrer Meinung nach aber manchen Personen als Identifizierung mit dem Wohnort und bieten ein interessantes Stück Stadtgeschichte.

415

Herr Bruse lässt über die Weiterleitung der Beschlussvorlage 2019/086 abstimmen:

420

dafür: 5            dagegen: 0            enthalten: 0

---

#### **TOP 13 – Vergabe Bauleistungen Gehwege Radensdorf; Vorlage: 2019/087**

Es werden keine Fragen oder Hinweise vorgebracht.

425

Herr Bruse lässt über die Weiterleitung der Beschlussvorlage 2019/086 abstimmen:

dafür: 5            dagegen: 0            enthalten: 0

---

#### **TOP 14 – Vergabe Bauleistungen Dorfplatz Radensdorf; Vorlage: 2019/088**

Es werden keine Fragen oder Hinweise vorgebracht.

430

Herr Bruse lässt über die Weiterleitung der Beschlussvorlage 2019/086 abstimmen:

435

dafür: 5            dagegen: 0            enthalten: 0

---

#### **TOP 15 – Vergabe Bauleistungen Brandmeldetechnik Schlossturm; Vorlage: 2019/089**

Es werden keine Fragen oder Hinweise vorgebracht.

440

Herr Bruse lässt über die Weiterleitung der Beschlussvorlage 2019/086 abstimmen:

dafür: 5            dagegen: 0            enthalten: 0

---

#### **TOP 16 – Antworten auf Anfragen der Stadtverordneten aus dem letzten Ausschuss**

Herr Neumann erinnert an die Anfrage von Frau Kaiser zum Regenwasserproblem in Hartmannsdorf an der Kreuzung Am Turnplatz. Er erklärt, dass dort vor 2 Jahren an der Straße Regenmulden errichtet wurden. Weiterhin war dort vorgesehen, den Übergang zwischen Asphalt und Pflaster gemeinsam mit der Maßnahme der Deckensanierung über den Wasser- und Bodenverband zu verändern (Einbau einer Rigole). Das war dann nicht möglich. Eine nachträgliche Änderung ist aufgrund des angrenzenden neu errichteten Löschwasserteiches nicht realisierbar. Aktuelle wurde die Spülung der Regenwasserschächte (Sickerschächte) beauftragt, was einen verbesserten Abfluss ermöglichen soll.

445

450

---

#### **TOP 17 – Anfragen/Hinweise öffentlicher Art**

Auf die Frage von Herrn Richter, was mit den Laubcontainern wird, antwortet Herr Neumann, dass die Standorte intern abgestimmt werden. Über die Details wird dann in der Presse informiert.

455

Herr Bruse ergänzt, dass seinem Kenntnisstand nach, das Fahrzeug bereits vorhanden ist.

Laut Frau Kaiser war im Gespräch, die Container ganzjährig auch zur Entsorgung der Lindenblüten stehen zu lassen. Weiter fragt sie nach de den Urnenstelen auf dem Hartmannsdorfer Friedhof. Dort liegen ihr unterschiedliche und widersprüchliche Aussagen vor.

460

Herr Neumann zeigt an, dass bei einem kürzlich erfolgten Vor-Ort-Termin die Standorte der Stelen abgestimmt wurden. Urnenstelen sind für Hartmannsdorf und Radensdorf vorgesehen.

465

Herr Rieger ist bekannt, dass der Landesbetrieb Forst die Verträge zur Waldbewirtschaftung auflösen möchte. Er fragt, ob es von Seiten der Stadt bereits Überlegungen gibt, wie damit umgegangen wird.

Laut Herrn Neumann hat die Stadt gegen die Planung des Landesbetriebes Forst interveniert und mit einem Schreiben an das Ministerium um eine Weiterführung der Bewirtschaftung gebeten. Die Stadt erwartet den zeitnahen Eingang der Kündigung (drei Monate zum Jahresende). Die Verwaltung wird Vorschläge über die Weiterbewirtschaftung der rund 800 ha Stadtwald unterbreiten.

470

Frau Minetzke erinnert an die Freigabe der B 87 in der kommenden Woche. Durch den Bau der Verkehrsinsel kann in die Gerichtsstraße nur noch von einer Richtung der B 87 eingebogen werden. Sie fragt, ob es dafür bereits einen neuen Verkehrsplan zur neuen Verkehrsführung gibt.

475

Herr Bruse erinnert sich an die Diskussion zu einer Änderung der Einbahnstraßenregelung.

480 Herr Bergmann bestätigt die Freigabe der B 87 für den 18.09.2019. Punktuell sind noch Arbeiten an den Nebenanlagen auszuführen, was auch mit Teilsperren verbunden sein wird. Von der Gerichtsstraße kann künftig nur nach rechts auf die B 87 eingebogen werden. Sicherheitshalber wurde an der Stelle ein Rechtsabbiegerpfeil angeordnet. Vorerst bleibt die Verkehrsführung so bestehen und wird beobachtet. Die angesprochene Diskussion bezog sich auf die Einbahnstraße (Reutergasse) hinter dem Landratsamt, ist kein Bestandteil der Freigabe der B 87 und wird intern noch beraten.

485 Herr Bruse spricht den schlechten Zustand der Bestuhlung im DGH Lubolz an und bittet um entsprechende Maßnahmen (Reinigung/ Ersatz). Die Verschmutzungen werden von Nutzern des DGH nicht angezeigt. Daher erfolgt auch keine Inrechnungstellung der Reinigungskosten an den Verursacher bzw. den jeweiligen vertraglichen Nutzer.

490 Das nächste Thema ist die Tagesordnung des Ausschusses. Künftig würde er die Anzahl der Redebeiträge begrenzen oder im Bedarfsfall eine zusätzliche Sitzung anberaumen. Dies würde einer Marathonsitzung wie heute entgegenwirken.

Das letzte Thema ist der Jugendclub. Aufgrund einiger aktueller Vorkommnisse schlägt er eine vorübergehende Verwendung der Räume durch die Jugendfeuerwehr vor.

495 Frau Albrecht nimmt die Anfrage zu den Stühlen mit und wird es an den zuständigen Sachbearbeiter (Gemeindeorgane, FB IV) weitergeben.

500 Herr Richter bittet um Vorsicht dabei, die Jugendclubräume nun der Feuerwehr zuzuschlagen. Die derzeitigen Jugendlichen sind nach spätestens 3 Jahren raus, dann rücken die nächsten nach. Die neuen Jugendlichen legen vielleicht ein besseres Benehmen an den Tag, müssten aber unter dem Verhalten der Vorgänger leiden.

505 Bezüglich der Tagesordnung schlägt Herr Krumpe vor, die Redebeiträge zeitlich zu begrenzen.

Herr Richter zweifelt die Zuordnung einzelner Vorträge in den Bauausschuss an. Einige der Vorträge, wie die Mobilitätsachse, wären seiner Meinung nach in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) besser angebracht. Vielleicht sollte zumindest die SVV die erste Anlaufstelle sein. Einer Begrenzung der Redebeiträge auf 10 bis 15 Minuten würde schon helfen, zumindest, wenn sich die Stadtverordneten mit dem Thema befasst haben.

510 Herr Bruse erläutert, dass es in der Vergangenheit mehrmals vorkam, dass ein Thema nur in der SVV vorgestellt wurde und diese das zurück in den Fachausschuss verwiesen haben.

515 Zur Mobilitätsachse und dem weiteren Vorgehen erklärt Herr Neumann, dass zu klären wäre, ob erst eine Bürgerbeteiligung und dann die Beratung in der SVV erfolgen soll, oder andersherum. Auch ein Workshop mit Bauausschuss (BA) und Fraktionsvorsitzenden wäre möglich. Es sollte nur vermieden werden, dass diese Themen im BA, dem Hauptausschuss und in der SVV vorgetragen werden. Das wäre dann ein bisschen viel von den Planern verlangt.

520 Herr Bergmann findet ein Abwägen der richtigen Handlungsweise und der Reihenfolge der Ausschussbeteiligung schwierig.

525 Herr Rieger schließt sich den Meinungen zur zeitlichen Begrenzung auf 15 Minuten an.

Frau Jacobsen informiert darüber, dass die Stadt zur Abgabe einer Stellungnahme in einem Bodenordnungsverfahren aufgefordert wurde. Das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren wurde von der Biosphärenreservatsverwaltung mit dem Ziel der Kernzonenerweiterung beantragt und betrifft zwei Flächen in Steinkirchen-Kockrowsberg.

530 Sie erklärt, dass 2017 eine Bürgerbeteiligung zur Kernzonenerweiterung durchgeführt wurde. Infolgedessen sprachen sich auch die Stadtverordneten gegen eine Kernzonenerweiterung aus. Aus diesem Grund hat sich die Verwaltung dazu entschieden, den aktuellen Antrag nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung zu behandeln. Eine Einladung an Herrn Nowak für den Bauausschuss im Oktober mit der Bitte um Ausführungen zum Unterschutzstellungsverfahren wollte Herr Nowak nicht nachkommen.

535 Er begründet die Absage damit, dass er keinen Zusammenhang zwischen dem Unterschutzstellungsverfahren und dem Bodenordnungsverfahren (BOV) sieht. Die Stadt hat um Fristverlängerung bei der Flurbereinigungsbehörde gebeten und hat ebenfalls angezeigt, dass der Stadt keine aktuellen Inhalte der Unterschutzstellung bekannt sind und über viele Aspekte noch keine Klärung erfolgte. Daher wurde der Flurbereinigungsbehörde angezeigt, dass über das BOV voraussichtlich nur im Rahmen einer Beschlussfassung entschieden wird. Ohne gesicherte Nachweise, dass die Belange der Stadt eingehalten werden, möchte sie keine Stellungnahme zum BOV abgeben.

540 Anhand der vorliegenden Unterlagen ist ersichtlich, dass der nördliche Teil der „Insel Kockrowsberg“ und des „Dreiecks Kockrowsberg“ ein wenig zurückgenommen wurden, was den Zielen der Stadt und den geplanten kommunalen Vorhaben, wie die Führung des Rundweges, nicht mehr entgegensteht.



545 Andere Aspekte sind ungeklärt. Sie spricht sich dafür aus, dass die Stadt erst einmal durch die Biosphärenreservatsverwaltung über den Stand des Unterschutzstellungsverfahrens informiert wird.

Herr Bruse erklärt, dass Herrn Nowak 2017 dazu aufgefordert wurde, sich zur Kernzonenerweiterung mit den betroffenen Bürgern abzustimmen. Erst wenn es an der Stelle eine Einigung gibt, wollte die  
550 Stadt sich erneut mit dem Vorhaben auseinandersetzen. Diese Einigung ist damals nicht erfolgt. Herr Bruse möchte verhindern, dass ein Beschluss gefasst wird, der ohne Zustimmung der betroffenen Bürger erfolgte.

Dem Vorgehen stimmen Herr Krumpe und Frau Minetzke zu. Die vergangenen Probleme sollten nicht  
555 wiederholt werden.

Herr Bruse stellt die Nichtöffentlichkeit um 21:20 Uhr her.